

Notizen

Zum neuen Apostolischen Administrator in Magdeburg wurde der 60jährige bisherige Leiter des Seelsorgeamtes in Magdeburg, *Leopold Nowak*, ernannt. Nowak ist Nachfolger des 70jährigen Bischofs *Johannes Braum*, der auf das Amt aus Gesundheitsgründen verzichtet hat. Die Bischofsweihe Nowaks und dessen Amtseinführung sollen am 24. März stattfinden. Nowak leitete bei dem Katholikentreffen 1987 in Dresden die Pressearbeit. Stark beteiligt war er an der Vorbereitung und Durchführung der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1988/89. Als Mitglied der DDR-Delegation nahm Nowak auch 1989 am gleichnamigen Kongreß in Basel teil. In einem ersten Interview mit der KNA (14. 2. 90) antwortete er auf die Frage, wie er sich künftig die Zusammenarbeit mit der Erzdiözese Paderborn vorstelle (zu der das Bischöfliche Amt Magdeburg rein rechtlich gehört), dies müsse jetzt offengelassen werden. Für ihn sei wichtig, daß die Seelsorge das eigentliche Kriterium bleibt, und er sprach von „Erfahrungen“, von denen „wir nicht möchten, daß sie sang- und klanglos verschwinden“.

Am 11. Februar starb in Paris im Alter von 95 Jahren der bekannte französische Dominikanertheologe *Marie-Dominique Chenu*, von Hause aus Dogmengeschichtler, großer Kenner der Hochscholastik und begnadeter Thomasinterpret – sein Thomasbuch (Das Werk des hl. Thomas von Aquin, Graz 1982) wurde übrigens von *Otto Hermann Pesch* ins Deutsche übersetzt –, gehörte zu den großen Vertretern der „Théologie nouvelle“ in Frankreich. Lange Zeit Professor an der Dominikanerhochschule Le Saulchoir, verband er in sehr persönlicher Prägung Glaube und Geschichte, Aktion und Kontemplation, Theologie und Seelsorge. Zur Zeit der Arbeiterpriester galt er als eine Art Haustheologe von ihnen. Zweimal ergriff das päpstliche Lehramt direkt und über seinen Orden Maßnahmen gegen ihn. 1943 kam sein 1937 verfaßtes Büchlein „Une école de théologie. Le Saulchoir“ auf den Index. 1954 beim (ersten) Verbot der Arbeiterpriester mußte er Paris in Richtung Rouen verlassen. Im Zweiten Vatikanum gewann er vor allem bei der Ausarbeitung von „*Gaudium et spes*“ gesamtkirchlichen Einfluß, obwohl er seine Mitwirkung in Rom zunächst nur einem madegassischen Bischof verdankt, der ihn zu seinem persönlichen Berater gemacht hatte.

Der reformierte siebenbürgische und ungarischsprachige Pastor *László Tökés*, dessen Abberufung von seiner Pfarrei in Temesvár zum Auslöser für die Volkserhebung gegen das Ceauşescu-Regime in Rumänien wurde, hat sich in einem ORF-

Interview sehr zuversichtlich über die Chancen der christlichen Kirchen in den osteuropäischen Ländern nach der politischen Wende geäußert. Der Kommunismus habe (speziell in seinem Land) alles zerschlagen, was in der Gesellschaft zum Träger von Erneuerung hätte werden können: die Kultur, das Schulwesen, die Städte, das Bauerntum; geblieben seien die Kirchen; gerade deswegen habe sich Ceauşescu in der letzten Zeit auch auf sie gestürzt. Gegenwärtig verfügten fast nur die Kirchen über Strukturen und Zielvorstellungen, die sich bewährt hätten. Tökés warnte aber die Kirche und kirchliche Persönlichkeiten davor, sich zu sehr mit Tagespolitik zu beschäftigen und sich „am Parteienstreit zu beteiligen“. Er selbst sei „in die Politik gekommen wie Pilatus ins Credo.“

Erzbischof *Alois Suštar* von Ljubljana hat seine Unterstützung für die Bestrebungen *Sloweniens* nach voller Autonomie innerhalb des jugoslawischen Staatsverbands zum Ausdruck gebracht, gleichzeitig aber den Wunsch nach einer Loslösung Sloweniens von Jugoslawien als Illusion bezeichnet. Es gehe darum, daß das slowenische Volk in einem konföderativen Staat wirklich die volle Selbständigkeit bewahren und erhalten könne. Die katholische Kirche in Slowenien fördere nicht Nationalismus, setzte sich aber für die Erhaltung der kulturellen und sprachlichen Identität der Slowenen ein. Suštar bedauerte, daß durch die nationalen Spannungen auch die ökumenischen Beziehungen belastet würden. Das Verhältnis zwischen der Bischofskonferenz und dem serbisch-orthodoxen Patriarchat sei schlecht.

Ungarn und der Heilige Stuhl haben wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen. Ein entsprechendes Abkommen wurde am 9. Februar in Budapest von Kardinalstaatssekretär *Agostino Casaroli* und dem ungarischen Ministerpräsidenten *Miklos Németh* unterzeichnet. Der Heilige Stuhl wird in Ungarn künftig durch einen Apostolischen Nuntius, die Republik Ungarn beim Heiligen Stuhl durch einen Botschafter vertreten sein. Das Abkommen vom 9. Februar hält fest, Ungarn und der Heilige Stuhl betrachteten das *Teilabkommen vom 15. September 1964* mit seinen Zusatzbestimmungen als „überwunden“. Das Teilabkommen zwischen Ungarn und dem Heiligen Stuhl von 1964 war die erste offizielle Vereinbarung zwischen Rom und einem kommunistischen Staat; es ermöglichte schrittweise kleine Verbesserungen für das Wirken der katholischen Kirche.

Der in den USA lehrende renommierte orthodoxe Theologe *John Meyendorff* hat den orthodoxen Kirchen in Osteuropa nach den politischen Umwälzungen in ih-

ren Ländern „chaotische“ Verhältnisse vorhergesagt. In einem Interview (vgl. La Croix, 10. 1. 90) meinte Meyendorff, diese Kirchen müßten sich erst an die Freiheit und an einen neuen sozialen Pluralismus gewöhnen, nachdem sie sich an die „monolithisch“ geprägte Umwelt in der Vergangenheit angepaßt hätten. Dennoch solle man die wiedergefundene Freiheit gutheißen, einschließlich der Freiheit für die unierten Kirchen, selbst wenn deren historischer Ursprung „antiökumenisch“ sei.

Auf einer Pressekonferenz in Stuttgart haben der Präsident des Armenischen Weltkongresses, *James Karnusian* (New York), und der armenisch-apostolische Bischof für Mitteleuropa (mit Sitz in Wien), *Mesrob Krikorian*, an den sowjetischen Staats- und Parteichef *Gorbatschow* appelliert, im *Konflikt zwischen den Sowjetrepubliken Armenien und Aserbeidschan* zu vermitteln. Er solle einen „Runden Tisch“ dafür einberufen. Wenn schon nicht eine Vereinigung der 1923 von Armenien abgetrennten Enklave Berg-Karabach mit Armenien zu erreichen sei, so müsse die Region zumindest das Recht auf Selbstbestimmung erhalten. Bischof Krikorian machte Gorbatschow bei gleicher Gelegenheit den Vorwurf falscher Nationalitätenpolitik. Er beachte offenbar die 5 Millionen Armenier in der UdSSR weniger als die 70 Millionen Muslime. Die Unabhängigkeit beider Länder von der UdSSR hielten beide Sprecher für „unrealistisch“. Deswegen müßten Armenier und Aseris zu einem Miteinverstandkommen finden.

In einem Erlaß hat die Regierung von *Singapur* die Kirchen des asiatischen Stadtstaats vor politischer Einmischung gewarnt. Die Kirchen werden in dem Erlaß verpflichtet, ihre Arbeit auf Tätigkeiten im Erziehungs-, Sozial- und Gesundheitswesen zu beschränken. Die unbedingte Einhaltung dieser Richtlinien sei notwendig, um künftige Schwierigkeiten zu vermeiden und die Eintracht unter den Religionsgemeinschaften zu wahren. Die Gesetze zum Schutz der inneren Sicherheit können dem Erlaß zufolge auch auf Führer von Religionsgemeinschaften angewandt werden, „wenn die Religion für subversive Aktivitäten benutzt wird“. Kirchen und Religionsgemeinschaften wird verboten, politische Aktivitäten unter dem „Deckmantel“ der Religionsausübung zu entfalten. Schon seit einigen Jahren betrachtet der Staat in Singapur das Engagement kirchlicher Gruppen für mehr soziale Gerechtigkeit mit Argwohn (vgl. HK, Juli 1989, 322).

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen eine Verlegerbeilage und ein Prospekt des Verlages Herder, Freiburg, bei.